

Medienmitteilung

Bern, 7. September 2017

Bundesrat gefährdet Telekommunikation

Heute verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zum neuen Fernmeldegesetz. Sowohl die Kommunikationsnetze als auch die Dienstleistungen werden massiv reguliert. Das gefährdet sowohl die gute Versorgung der Schweiz als auch die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen im Kommunikationssektor. Der Schweizerische Gewerbeverband verlangt eine massive Entschlackung der Vorlage.

Mit einer kuriosen Kombination aus hoheitlichen Regulierungsinstrumenten und Staatseingriffen in die Wirtschaftsfreiheit der Telekommunikationsanbieter schafft der Bundesrat Voraussetzungen, die zu einem kompletten Stillstand im Telekommunikationssektor führen kann. Heute ist die Schweiz gut mit Dienstleistungen und Infrastrukturen im Telekommunikationssektor versorgt. Der Markt ist dynamisch und in vielen Teilen herrscht Wettbewerb. Genau das geht verloren, wenn künftig Dienstleistungen genehmigungspflichtig werden. Schlimmer noch wirken sich die vorgeschlagenen staatlichen Versorgungs- und Preisdiktate aus.

Der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft will Voraussetzungen für einen innovativen Telekommunikationssektor schaffen. Das geht nur, wenn dieser weiter liberalisiert wird und der Staat wenig eingreift. Die Eigentumsgarantie muss bei Infrastrukturgütern und Technologie unbedingt garantiert werden. Entlang dieser Richtlinien fordert der sgv eine massive Entschlackung des Gesetzes.

Weitere Auskünfte

Hans-Ulrich Bigler, Direktor, Tel. 031 380 14 14, Mobile 079 285 47 09

Henrique Schneider, stv. Direktor, Tel. 031 380 14 14, Mobile 079 237 60 82

Die Nummer 1: Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der sgv 250 Verbände und gegen 300 000 Unternehmen.